

Presseinformation
Wien | 18. Juni 2020

ÖHGB: Sozialer und öffentlicher Wohnbau sind nicht treffsicher!

„Besser die Ursachen und nicht die Symptome bekämpfen“- Wirtschaftliche Risiken aufgrund der Corona-Krise dürfen nicht auf private VermieterInnen abgewälzt werden.

Wien (OTS) - Die heute im Rahmen einer Pressekonferenz präsentierten Forderungen der Mietervereinigung sind nicht nur ungeeignet, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise nachhaltig in den Griff zu bekommen, sondern gehen am eigentlichen Problem auch komplett vorbei: „60% des gesamten Mietwohnungsbestandes besteht aus Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen. Tatsächlich wohnen dort aber viele Menschen, die überdurchschnittlich gut verdienen und keine finanzielle Hilfe benötigen.“, kritisiert der Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB) RA Dr. Martin Prunbauer.

Aufgrund der fehlenden sozialen Treffsicherheit ist eine eklatante Schieflage im sozialen Wohnbau zu verzeichnen, die besonders in Krisenzeiten verschärfte Auswirkungen zutage treten lässt. „Es ist unfair, wenn ein Gutverdiener günstig im Gemeindebau wohnt, und anderen, die dringender auf Unterstützung angewiesen wären, den Platz wegnimmt“, so Prunbauer

Angemessene Mieten für Besserverdiener im Gemeindebau: „Menschen fördern, nicht Mauern!“

Würden Gut- und BesserverdienerInnen im öffentlichen Sektor einen angemessenen Mietzins zahlen, könnte mit diesen Mehreinnahmen Menschen finanziell geholfen werden, die tatsächlich Bedarf haben. Die Fehlbelegung und mangelnde Treffsicherheit führt dazu, dass sich finanziell Bedürftige am privaten Mietmarkt wohnversorgen müssen, während sich Gut- und BesserverdienerInnen über die geringen Mieten im öffentlichen Wohnbau freuen, auf Kosten der SteuerzahlerInnen. „Wenn Menschen und nicht nur Mauern gefördert würden, wären auch in der Krise ausreichend Mittel vorhanden gewesen, um wirklich punktgenau helfen zu können“, zeigt sich Prunbauer überzeugt und schließt mit einem neuerlichen Appell: „Es kann nicht sein, dass private VermieterInnen öffentliche Aufgaben übertragen bekommen. Für den Bau und die Bereitstellung von Wohnraum für finanziell Bedürftige hat die öffentliche Hand zu sorgen, dafür zahlen wir alle sehr hohe Abgaben und Steuern!“

Rückfragen & Kontakt:

Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund
Lukas Lechner, BA MA
Pressesprecher (of counsel)
+43 676 3239 645
lukas.lechner@oehgb.at